Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 262. Donnerstag, den 11. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In Berliner Regierungskreisen soll der Gedanke erörtert werden, vom 1. April 1921 ab die Zwangswirtschaft für Milch aufzuheben.

Der Eingang an Brotgetreide war im Monat Oktober so ungenügend, daß die in Aussicht gestellte bessere Qualität des Brotes vorläufig nicht angeordnet werden kann.

Die Berliner Gewerkschaftskommission protestiert in einer Erklärung gegen die Streikverordnung des Reichspräsidenten, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe der Arbeiterschaft verstoße.

Der stellvertretende Oberkommissar in Danzig hat den deutsch-Danziger Optionsvertrag ratifiziert.

Der österreichische Nationalrat wählte zum ersten Präsidenten den Christlichsozialen Dr. Weißkirchner. Zum zweiten Präsidenten wurde der Sozialist Elbersch und zum dritten Präsidenten der Großdeutsche Dinghofer gewählt.

Times melden aus Santa Margherita, die adriatische Frage sei gelöst, die Grenze von Istrient wird beinahe ganz in einem für Jugoslawien günstigem Sinne festgesetzt, Fiume werde unabhängig.

Die Landtagswahlen und das politische Verantwortlichkeitsgefühl.

Vom Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. L.

Der bisherige Verlauf der Landtagswahlen zeigt in ganz Sachsen eine geradezu erschreckende politische Gleichgültigkeit. Gründe verschiedenster Art wirken zu dieser bedauerlichen Erscheinung zusammen. Die drückende wirtschaftliche Not, die außen- und innenpolitisch völlig unübersichtliche Lage und die tiefe Zerklüftung unseres Volkes haben eine Atmosphäre geschaffen, die selbst auf starke politische Naturen oft eine atemraubende Wirkung ausübt. Was nutzt alles Streben und Schaffen, es ist ja doch keine Besserung zu merken — das ist die Grundstimmung der meisten, und in diesem Gefühl kehren sie müde und matt dem aktiven politischen Leben den Rücken. — Mit stummer Resignation warten sie auf irgendeine unvorhergesehene Wandlung der Dinge, auf ein politisches Wunder, das all den Jammer der Zeit bannen und die Morgenröte einer besseren Zukunft hervorzaubern soll. Eine Häufung der Wahlen fördert diese seelische Abstumpfung. Kaum haben wir zum Reichstag gewählt, nun sollen wir schon wieder zum Landtag wählen! Weitere Wahlen stehen bevor. Ein Reichspräsident muß in absehbarer Zeit gewählt werden, Stadtverordnetenwahlen stehen vor der Tür, und wenn das Unglück es will, haben wir über kurz oder lang auch wieder Reichstagswahlen. — Ein weiteres kommt für das politische Leben des Einzelstaates hinzu. Wesentliche Aufgabengebiete sind auf das Reich übergegangen; Steuergesetzgebung und Verkehrswesen, bisher Lieblingskinder der bundesstaatlichen Parlamente, sind vom Reiche übernommen worden — was hat da noch ein Landtag für Bedeutung? Die Länder sind ja doch weiter nichts als große Kommunalverbände.

Manches Berechtigte ist in diesen politischen Stimmungen und Verstimmungen enthalten, und doch: es wäre vernichtend, wenn wir sie nicht überwinden könnten. Es ist unerläßlich, uns immer und immer wieder mit schonungsloser Offenheit klarzumachen, daß nicht von heute zu morgen, sondern nur in mühsamer, langer und zäher Arbeit aller ein Wiederaufstehen denkbar ist. Kein Gott und kein Mensch kann ein geschlagenes Volk wieder vorwärts und aufwärts führen, wenn es nicht selbst die Kraft dazu in sich fühlt. Freilich kann, wenn Staaten und Weltordnungen zusammenbrechen, der Neubau nicht von heute zu morgen fertig sein. Auch heute noch wird unser ganzes Leben bestimmend beeinflußt durch Krieg und Revolution. Beide sind noch nicht zu Ende. Der Krieg hat sein Ende noch nicht gefunden durch einen wirklichen Frieden, das heißt durch einen Akt der Versöhnung, sondern er wird wirtschaftlich und moralisch von unseren Feinden gegen uns weitergeführt, und der politischen Revolution des Novembers 1918 ist die soziale und wirtschaftliche Revolution gefolgt. Die Auswirkung dieser Tatsachen bestimmt mit Naturnotwendigkeit noch unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben. Alles ist im Fluß; und es kann nicht anders sein. Wenn eine Feuersbrunst ein Haus vernichtet, wird niemand auf den Gedanken kommen, daß es möglich sei, das Haus in der gleichen Zeit wieder aufzubauen, welche die Flammen zu seiner Vernichtung gebraucht haben; wie können wir da hoffen wollen, daß die verheerenden Folgen des fünfjährigen Weltbrandes in kürzerer Frist sich beseitigen lassen! Auf jedem Brandherde züngeln die Flammen noch lange nach. Ein neues Heim wird für die vom Brande Betroffenen um so schneller und schöner nur dann erstehen, je tatkräftiger sie selbst mit Hand anlegen bei Wiederaufrichtung der Grundmauern und bei Ausgestaltung der inneren Einrichtung. Das gleiche gilt von den Aufbauarbeiten in Reich und Einzelstaat. Man kann sich zur Demokratie stellen wie man will, um zwei einfache Tatsachen kommt man auch als ihr Gegner nicht herum; die eine ist die: Der Gang der Dinge hat die Demokratie dem Deutschen Reiche als derzeitige Staatsform gebracht; die andere ist die: Das Wesen der Demokratie bedeutet unmittelbare Anteilnahme des einzelnen an der Ausgestaltung des Volks- und Staatslebens. Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich die ungeheure Steigerung der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit, vor allem in der Gegenwart mit ihrer Not und ihrem Elend. Wer nur in guten Tagen sich seiner politischen Rechte erfreut, aber in schweren Zeiten seine politischen Pflichten vergißt, der ist ein Judas Ischariot an Volk und Vaterland. Niemals aber tritt die politische Verantwortlichkeit stärker in die Erscheinung als bei Ausübung des Wahlrechtes. Wahlrecht ist in der Demokratie Wahlpflicht. Die jetzige Häufung der Wahlen ist gewiß mit manchen Unzuträglichkeiten verbunden, aber sie sind letzten Endes eine naturgemäße und notwendige Erscheinung. Eine gesunde Entwicklung fordert, daß die in der Revolution geborenen Parlamente nach nicht zu langer Zeit abgelöst werden, und daß das Volk Gelegenheit erhält, sich erneut seine Vertretungskörper zu schaffen. Dieser Uebergang zur Bildung normaler gesetzgeberischer Faktoren vollzieht sich jetzt in Reich und Gliedstaaten, er kann sich aber mit wirklich aufbauender Wirkung nur vollziehen, wenn sich das ganze Volk an diesem Gesundungsprozeß beteiligt. Eine mangelhafte Wahlbeteiligung fälscht das Bild des Volkswillens; jeder, der sich der Wahl fernhält, ist deshalb ein politischer Falschmünzer, und diese Sünde lastet doppelt schwer auf ihm, weil in der Demokratie mit der Wahl nicht nur über die Zusammensetzung des Parlaments, sondern auch über die Zusammensetzung der Regierung entschieden wird. Dies gilt es besonders für sächsische Verhältnisse scharf im Auge zu behalten. Am 14. November wird in Sachsen darüber entschieden, ob unser Land ein Eldorado für sozialistische Experimente werden soll oder nicht. Verliert bei den Wahlen die deutsche Demokratie ihre bisherige Stellung, so führt die Entwicklung mit absoluter Zwangsläufigkeit zur rein sozialistischen Regierung. So wenig man in Sachsen wünschen kann, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung fernbleiben, so wenig kann man andererseits die Sozialdemokratie für befugt und befähigt halten, die alleinige Trägerin der staatlichen Entwicklung zu sein. Die Sozialdemokratie als solche will bewußt Klassenpartei sein. Die sozialdemokratischen Minister unterliegen deshalb noch sehr oft der Gefahr, ihre Maßnahmen einseitig nach den Stimmungen nur einer Klasse einzurichten.

Die Anordnung, den 9. November als Tag der Arbeitsruhe zu begehen, war hierfür ein kündiger Beweis. Selten ist eine innerlich so unbegründete Maßnahme wie diese verfügt worden. Man kann sich zum 9. November stellen wie man will, ihn durch Arbeitsruhe zu begehen, erschien in jedem Falle unverantwortlich. Entweder ist der 9. November ein nationaler Unglückstag, dann liegt kein Anlaß vor, ihn irgendwie zu begehen; oder man glaubt, der 9. November habe politischen Gewinn gebracht und sei deshalb als Feiertag zu betrachten, so kann man in der Gegenwart einen nationalen Feiertag nicht besser feiern, als durch doppelte Arbeit. Die sozialdemokratischen Minister Sachsens haben allein einen anderen Standpunkt eingenommen, und es ist in der Parlamentsgeschichte ein wohl noch nie vorgekommener Fall, daß unter Nichtachtung des Willens des Unterrichtsministers von der sozialdemokratischen Mehrheit des Kabinetts Unterrichtsfreiheit der Schulen verfügt wird. Nach Millionen zählen die wirtschaftlichen Einbußen, die durch Nichtarbeit am 9. November gerade der sächsischen Volkswirtschaft zugefügt wurden. Der Fall zeigt in blitzartiger Beleuchtung, wohin man kommt, wenn eine sozialistische Regierung bei ihren Maßnahmen auf die Stimmung nur einer Klasse Rücksicht nimmt; das Wohl eines Staates kann man eben nicht abstellen allein auf die Interessen nur einer Klasse. Deshalb muß in Sachsen die Regierungsverantwortung auf breiterer Grundlage ruhen, um so mehr, als der Sozialdemokratie auch die Frage der Regierungsbildung selbst rein Sache der Taktik ist. Wer das noch nicht wußte, dem hat es vor einiger Zeit der Vorwärts gesagt, als er mit Genugtuung feststellte, daß die Sozialdemokratie im Lande endlich einzusehen begönne, daß die Frage der Regierungsbeteiligung nicht eine Sache des Prinzips, sondern eine Sache der Taktik sei. Beides ist grundfalsch. Die Frage der Uebernahme der Regierungsverantwortung ist weder eine Sache des Prinzips noch der Taktik, sondern allein eine Sache des politischen Verantwortlichkeitsgefühls. Die deutsche Demokratie hat gezeigt, daß sie dieses Verantwortlichkeitsgefühl besitzt; sie hat unter schwierigsten Umständen die Mitverantwortung in der Regierung übernommen. Die deutsche Demokratie ist allein auch in der Lage, die Gegensätze zwischen rechts und links zu mildern und in unserem Volks- und Staatsleben ausgleichend und versöhnend zu wirken. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Lösung der bevorstehenden grundlegenden gesetzgeberischen Aufgaben, daß die sozialistische Taktik in der Regierung ihr Korrektiv und ihren Konnex mit den nicht sozialistischen Volksteilen durch die Mitarbeit der deutschen Demokratie erhält.

Eine solche ausgleichende Wirkung ist doppelt notwendig im Hinblick auf die Eigenart und Bedeutung der gerade in Sachsen zur Lösung drängenden Probleme. Die landläufige Auffassung, daß die gesetzgeberische Tätigkeit des Landtages an Bedeutung verloren habe, ist grundfalsch. Wenn auch einzelne große Aufgabengebiete dem Einzelstaate genommen sind, so ist auf anderen Gebieten die Bedeutung der Landesgesetzgebung viel verantwortungsvoller geworden, und gerade in der Landesgesetzgebung werden die letzten Auswirkungen der Reichsgesetzgebung für den einzelnen und für das Gemeinschaftsleben in besonders empfindlicher Weise fühlbar. Die letzte Lösung gerade der subtilsten Probleme liegt beim Landtag. Man denke nur an das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, an die Frage des Religionsunterrichts, an das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde, an den Aufbau der Gemeindeverfassung, an die bevorstehende landesrechtliche Regelung der Grundsteuer und Gewerbesteuer, an das Verhältnis des Bundesstaates zum Reiche, an die Zusammensetzung der Behörden und des Beamtentums! Ziele und Richtung unseres Staatslebens werden am 14. November auf lange Zeit hinaus festgesetzt. Der einzelne Wähler hat es selbst in der Hand, mitzubestimmen, von welchem Geist die Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung erfüllt sein sollen.

Berliner Ausschreitungen.

Zunahme der Unsicherheit und Tumulte.

Im Westen und im Nordwesten der Millionenstadt Berlin muß die Bevölkerung, die größtenteils Gasherde hat, immer noch von kalter Küche leben, da die Gaswerke Charlottenburg und Tegel nach wie vor streiken. Nur ein Teil der Zeitungen ist erschienen. Die Straßenbahnen stehen still; in den meisten Fabriken kann wegen Strommangels nicht gearbeitet werden. Da die Regierung nicht eingegriffen hat, sondern erst an diesem Mittwoch abend die Nothilfe einsetzen wollte, werden die bekannten Elemente der Großstadt immer unruhiger. Ein Berichterstatter, der Augenzeuge der Vorgänge in dem paritätischen Arbeitsnachweis in der Linienstraße in Berlin war, berichtet, daß dort eine Rotte eindringender Leute den amtlichen Arbeitsstellenausrufer herunterzerrte und verprügelte, um zu verhindern, daß Arbeitslose Arbeit und die Fabriken Arbeiter bekämen. Eine Hundertschaft der Sicherheitswehr konnte erst nach Stunden die Ordnung wieder herstellen. In die Gaststätte in der Danziger Straße drangen ebenfalls fremde Elemente — man gibt sie schätzungsweise auf 2000 Köpfe an — ein und proklamierten den Generalstreik, obwohl die dort beschäftigten Arbeiter selbst sich dagegen erklärten. Sie wählten aus der Mitte der eingedrungenen Horden einen politischen Arbeiterrat. Aehnliche Tumulte gab es bei Ludwig Löwe u. Co., wo die Eindringlinge die Feuerung löschten, deren eigenes Kraftwerk zum Stillstand brachten und so 8000 Arbeiter zum Feiern zwangen. Die Hordenbildung nimmt augenblicklich in ganz Berlin zu, weil doch nahezu zweimalhunderttausend Mann nicht arbeiten. Müßiggang ist aller Laster Anfang, und eine Regierung, die ihn einreißen läßt versündigt sich am Reich. Dabei haben die Berliner städtischen Arbeiter laut dem von ihnen verworfenen Schiedsspruch ein Einkommen zugebilligt erhalten, das dem eines akademisch gebildeten Regierungsrates entspricht. Die von dem Polizeipräsidenten Richter wieder heimgeschickte Technische Nothilfe soll, wie die Regierung verbreiten läßt erklärt haben, sie sei nur zur Aufrechterhaltung der wirklich lebenswichtigen Betriebe da und nicht als Streikbrecher. Wie mitgeteilt wird, ist diese Nachricht aus den Fingern gesogen. Die Technische Nothilfe arbeitet, sobald sie angerufen wird, an jedem Ort, wo man sie hinstellt, und fragt sonst nach nichts. Sie besteht ja überhaupt nur zu 20 Prozent aus Arbeitern und zum größten Teil aus Studenten der Technischen Hochschule. Man hat sie nicht rechtzeitig und nicht energisch eingesetzt, und die natürliche Folge davon ist die Zunahme der Tumulte.

Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Berliner Magistrat fordert die Arbeiter und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke auf, ihren Dienst spätestens bis Donnerstag nachmittag 2 Uhr aufzunehmen, widrigenfalls sie sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten haben. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche zur Durchführung des Streiks Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen sabotiert oder an der Sabotierung mitgewirkt haben, werden entlassen. Arbeiter und Angestellte, gegen welche Tatsachen vorliegen, aus denen solche Verfehlungen zu schließen sind, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Belassung ihres Bezugs vom Dienst suspendiert.

Die unsterblichen Kriegsgesellschaften.

Zum Amts für Gemüse und Obst. — Schmutzkonkurrenz. — Aufhebung Kinderreichtum.

Amtlich wird verlautbart, daß bis heute von den 83 Kriegsorganisationen, über die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bei seiner Errichtung am 1. April 1920 die Dienstaufsicht von dem Reichs-